

van Suntum, Ulrich

Article — Digitized Version

Wachstumsperspektiven der DDR-Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: van Suntum, Ulrich (1990) : Wachstumsperspektiven der DDR-Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 6, pp. 305-308

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136646>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ulrich van Suntum

Wachstumsperspektiven der DDR-Wirtschaft

Mit der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion wird vielfach die Hoffnung auf ein neues „Wirtschaftswunder“ verbunden. Es werden aber auch Besorgnisse hinsichtlich der künftigen Stabilität der D-Mark und der Finanzierbarkeit des wirtschaftlichen Aufholprozesses der DDR geäußert. Welche Perspektiven erscheinen mit Blick auf die bundesdeutschen Erfahrungen in der Nachkriegszeit realistisch?

In bezug auf die bevorstehende Vereinigung der beiden deutschen Staaten und ihre künftige wirtschaftliche Entwicklung gibt es derzeit ein merkwürdiges Nebeneinander von Euphorie und Unbehagen: Auf der einen Seite stehen Wachstumserwartungen im Stile eines neuen Wirtschaftswunders ähnlich dem, wie es die Bundesrepublik nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 erlebt hat. So erwartet z.B. das Institut der Deutschen Wirtschaft für die DDR „mindestens“ eine Verdoppelung der Arbeitsproduktivität in den nächsten zehn Jahren, so daß die DDR im Jahre 2000 etwa 80% des Produktivitätsniveaus der Bundesrepublik erreicht haben werde¹. In anderen Prognosen werden sogar Wachstumsraten von 8 bis 10 % pro Jahr für die DDR genannt, wohlgerne in realer Rechnung.

Auf der anderen Seite wächst die Besorgnis, inwieweit ein solcher Aufholprozeß finanzierbar sein wird. So wurde allein für das im Februar noch von der damaligen DDR-Regierung ausgearbeitete Energiekonzept ein Kostenaufwand von 100 Mrd. Ost-Mark genannt². Für die Modernisierung der Betriebe gibt es Schätzungen, die sich auf insgesamt etwa 450 Mrd. DM belaufen; verteilt auf sieben Jahre wären allein dafür etwa 60 Mrd. DM pro Jahr aufzubringen³. Hinzu kommt ein beträchtlicher Ausbau- und Sanierungsbedarf im Wohnungsbau. Mehr als die Hälfte des DDR-Wohnungsbestandes stammt noch aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, 37 % sind sogar noch vor 1919 gebaut worden⁴. Nach einer Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft würde die Angleichung des DDR-Wohnungsbestandes an den bundesdeutschen Standard insgesamt weitere 230 Mrd. DM kosten⁵. Und schließlich gibt es auch einen erheb-

lichen Investitionsbedarf im Bereich der öffentlichen Infrastruktur; nach einer Schätzung des BDI sind für die Modernisierung bzw. den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes jeweils weitere 100 Mrd. DM zu veranschlagen, für Kanalisation und Telekommunikation nochmals 50 bzw. 12 Mrd. DM, insgesamt mithin gut 260 Mrd. DM allein für die öffentliche Infrastruktur.

Zählt man alles zusammen, so kommt man für die Modernisierung der DDR-Wirtschaft leicht auf die Größenordnung von 1 Billion DM, das entspricht etwa dem Dreifachen des gegenwärtigen DDR-Sozialprodukts bzw. etwa 42 % des bundesdeutschen BSP⁶. Verteilt auf zehn Jahre bliebe immer noch ein Investitionsbedarf von 100 Mrd. DM pro Jahr, das ist immerhin ein Fünftel der gesamten Anlageinvestitionen, die die bundesdeutschen Unternehmen in diesem Jahr tätigen werden⁷. Die Kosten der sogenannten Anschubfinanzierung des DDR-Sozialsystems sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Zu der Frage nach der Finanzierbarkeit dieser Beträge kommt noch die Sorge um die Stabilität der

¹ Vgl. Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft (iwd) vom 1.3.1990, S.4 f.

² Vgl. o.V.: Das Energiekonzept der DDR kostet etwa 100 Milliarden Ost-Mark, in: FAZ vom 7.2. 1990.

³ Vgl. o.V.: Privatinvestitionen in Wohnungen und Anlagen nur bei attraktiven Bedingungen, in: Handelsblatt vom 28.11.1989.

⁴ Zum Vergleich: In der Bundesrepublik sind nur etwa ein Drittel der Wohnungen vor 1945 gebaut worden. Vgl. iwd, 16. Jg. (1990), H.14, S. 6 f.

⁵ Vgl. ebenda, S.7.

⁶ Entsprechende Gesamtbeträge werden auch genannt, vgl. H. Gebhardt u.a.: Finanzhilfen der Bundesrepublik für die DDR: Umfang, Formen, Wirkungen, in: RWI-Mitteilungen, 40. Jg. (1989), H. 4, S. 15; P. Kl em m e r: Kosten der Einheit nicht überschätzen, in: Handelsblatt vom 4.4.1990.

⁷ Nach der Gemeinschaftsdiagnose der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute vom 9.4.1990.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, 36, leitet das Institut für Wirtschaftspolitik und Konjunkturforschung an der Universität Witten/Herdecke.

D-Mark hinzu. Die Bundesregierung ist nach eigener Aussage bei dem jetzt vorliegenden Plan zur Währungs- umstellung an die Grenze des Vertretbaren gegangen, und diese Einschätzung wird offenbar auch an den Kapitalmärkten geteilt. Jedenfalls läßt sich der hohe Kapitalmarkt- zins von 9% durchaus so interpretieren, daß hier Inflationsängste und die Furcht vor einer verwässerten D-Mark ihren Niederschlag finden.

Inflationsrisiken der Währungsunion

Die jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Währungs- umstellung in der DDR sind unter Stabilitätsge- sichtspunkten daran zu messen, inwieweit die dadurch zu- sätzlich in Umlauf gebrachte D-Mark-Geldmenge dem Zuwachs des Produktionspotentials entspricht, der mit der Integration der DDR-Wirtschaft verbunden ist. Hier gibt es erhebliche Schätzunsicherheiten, denn zum ei- nen ist die sozialistische Wirtschaftsrechnung nur sehr bedingt mit den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnun- gen in der Bundesrepublik vergleichbar, und zum ande- ren wird ein erheblicher Teil der bisher in der DDR er- brachten Wirtschaftsleistung mit der Integration in das westliche Wirtschaftssystem nicht mehr aufrechtzuer- halten sein. Vielmehr wird die Umorientierung des Au- ßenhandels, die Konkurrenz westeuropäischer Produkte und die Rücksichtnahme auf die Umwelt einen starken Strukturwandel der DDR-Wirtschaft erzwingen, der zu- mindest kurzfristig ihre ökonomisch verwertbare und ökologisch vertretbare Produktionsleistung mindert.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren dürfte das Produktionspotential der DDR-Wirtschaft derzeit etwa 10 bis 12 % des bundesdeutschen Wertes betragen⁸. Demgegenüber wird der Geldmengen- zuwachs auf- grund der Währungs- umstellung (auf der Basis der Geld- menge M 3) mit 14% angegeben⁹. Insoweit ergibt sich also in der Tat ein inflationäres Potential, zumal in der Bundesrepublik durch die sehr großzügige Geldver- sorgung in den Jahren 1986 – 88 ohnehin bereits Gefahren für die Geldwertstabilität angelegt sind. Nimmt man die hohe Kapazitätsauslastung sowie den aufgrund der

jüngsten Tarifabschlüsse wieder steigenden Kosten- druck hinzu, so ist ein Anstieg der Inflationsrate auf 4% oder sogar leicht darüber im kommenden Jahr durchaus vorgezeichnet.

Eine wesentlich darüber hinausgehende Geldentwer- tungsrate wie etwa Anfang der 80er Jahre ist dagegen wenig wahrscheinlich, denn die Gewinnsituation der Un- ternehmen ist gut, und die Produktionskapazitäten wer- den derzeit kräftig ausgeweitet. Von daher erscheint das derzeitige Zinsniveau am Kapitalmarkt von 9% eher überhöht: Real – d.h. nach Abzug der Inflationsrate – hat das Zinsniveau in der Bundesrepublik seit Beginn der 50er Jahre nur in zwei Jahren höher gelegen, und das waren die Ausnahmejahre 1985/86, als die Infla- tionsrate aufgrund außenwirtschaftlicher Einflüsse un- erwartet stark zurückging bzw. (1986) sogar leicht nega- tiv wurde. Gemessen am langfristigen Durchschnitt des Realzinses von gut 4% würde man bei dem derzeitigen Zinsniveau als Kapitalanleger selbst dann noch ein gu- tes Geschäft machen, wenn die Inflationsrate die 4%- Marke überschritte.

Das Zinsniveau wird auch von der Sorge um die Fi- nanzierbarkeit des Aufholprozesses in der DDR beein- flußt. Hier gilt es zunächst zwei Fragen sorgsam vonein- ander zu unterscheiden:

Die eine Frage betrifft den Staatshaushalt der DDR und die künftigen Länderhaushalte. Hier sind in den nächsten Jahren zweifellos Defizite in erheblicher Grö- ßenordnung zu erwarten, vor allem im Zusammenhang mit der dringend notwendigen Sanierung und Erweite- rung der öffentlichen Infrastruktur. Andererseits gilt es zu bedenken, daß die Bürger der DDR zwar arm, der Staat der DDR aber reich ist, denn ihm gehört der Großteil

⁸ Diese Größenordnung wird inzwischen allgemein als realistisch einge- schätzt. Sie ergibt sich aus der Annahme einer Produktivität der DDR- Wirtschaft von etwa einem Drittel des bundesdeutschen Wertes und der ebenfalls etwa einem Drittel des bundesdeutschen Wertes entsprechen- den Erwerbstätigenzahl. Vgl. U. v a n S u n t u m : D-Mark-Stabilität muß Maßstab für die Umstellung sein, in: Handelsblatt vom 12.3.1990, S. 7.

⁹ Vgl. H. H e s s e : Bundesbank wurde auf ihrem ureigensten Gebiet die Führungsrolle genommen, in: Handelsblatt vom 28.5.1990, S. 11.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Rasul Shams
Großoktav,
76 Seiten, 1989,
brosch. DM 14,80
ISBN 3-87895-383-6

**INTERESSENGRUPPEN UND
ANPASSUNGSKONFLIKTE IN
ENTWICKLUNGSLÄNDERN**
Fallstudie II Mauritius

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

der Grundstücke, Betriebe und Wohnungen¹⁰. Selbst unter Berücksichtigung von Entschädigungsleistungen an die früheren Besitzer wird sich doch ein erheblicher Teil dieses Vermögens im Zuge der Privatisierung zur Finanzierung der notwendigen Infrastrukturinvestitionen einsetzen lassen, so wie es im Staatsvertrag auch vorgesehen ist.

In bezug auf die Finanzierung der Sozialversicherung hat die DDR im Grunde ebenfalls eine günstigere Position als die Bundesrepublik, vor allem aufgrund der wesentlich günstigeren Altersstruktur der Bevölkerung. Während in der Bundesrepublik 1988 15,3% der Bevölkerung 65 Jahre und älter war, betrug dieser Anteil in der DDR nur 13,3%. Darüber hinaus liegt die Erwerbsquote in der DDR aufgrund der höheren Frauen-Erwerbstätigkeit mit 51,5% deutlich über unserem Wert von 48,1%¹¹. Bei gleichem relativem Rentenniveau ist also in der DDR die künftige Alterssicherung leichter zu finanzieren, das gleiche gilt für die Krankenversicherung, die in der Bundesrepublik ebenfalls zu einem erheblichen Teil durch die älteren Menschen belastet wird. Inwieweit dies auch für die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsförderung gilt, wird maßgeblich von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und damit von dem künftig zu erwartenden Wirtschaftswachstum in der DDR abhängen.

Ein ganz anderes Problem stellt die Finanzierbarkeit des künftigen Wachstumsprozesses in der DDR dar. Hier geht es nicht um staatliche Defizite sondern um das Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlicher Ersparnis einerseits und gesamtwirtschaftlichem Investitionsbedarf in der DDR andererseits. Letzterer wiederum hängt maßgeblich von der künftigen Wachstumsrate in der DDR – bzw. auf dem Gebiet der bisherigen DDR – ab. Darüber sind zur Zeit nur mehr oder weniger spekulative Aussagen möglich, und zwar aus folgenden Gründen:

Kritische Faktoren der Wirtschaftsentwicklung

□ Erstens hängt die zukünftige Wirtschaftsentwicklung in der DDR in kritischer Weise von einer Reihe von politischen Faktoren ab, die mit rein wirtschaftswissenschaftlichen Methoden nicht zu prognostizieren sind. In erster Linie gehört dazu natürlich der wirtschaftspolitische Kurs, den die neue DDR-Regierung bzw. eine künftige gesamtdeutsche Regierung – vor allem in den ersten Jahren – steuert. Es wird oft übersehen, daß nicht die Währungsreform, sondern vor allem der von Ludwig Erhard betriebene beherzte Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung das bundesdeutsche Wirtschaftswunder ermöglicht hat. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung in der DDR wird entscheidend davon abhängen, inwieweit das notwendige Vertrauen

in die Marktkräfte auch bei den heutigen Entscheidungsträgern vorhanden ist.

□ Zweitens gibt es eine Reihe von anderen politischen Faktoren, die einerseits von großer ökonomischer Bedeutung sind, die andererseits aber kaum mit ökonomischen Verfahren zu prognostizieren sind. Dazu gehört insbesondere auch die weitere Entwicklung in den anderen Staaten des RGW, vor allem in der Sowjetunion. Sie wird darüber entscheiden, ob das Gebiet der DDR künftig im Zentrum eines integrierten gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes liegen wird oder ob die DDR das künftige Zonenrandgebiet sein wird.

□ Und schließlich hängt auch viel davon ab, inwieweit in der Bundesrepublik die notwendigen Voraussetzungen für einen florierenden Warenaustausch mit der DDR geschaffen werden, z.B. auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur. Die Eingliederung der DDR wird eine massive Umlenkung der Verkehrsströme mit sich bringen, die bisher vorwiegend in Nord-Süd-Richtung verlaufen sind, künftig aber verstärkt auch in Ost-West-Richtung gelenkt werden. Hier hat sich ein erheblicher Investitionsbedarf aufgestaut, der bereits heute zu einer völligen Überlastung insbesondere des Straßennetzes in der Bundesrepublik geführt hat.

Die Wachstumsrate in der DDR beeinflußt zudem wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch die Wachstumsrate auf dem Gebiet der Bundesrepublik und umgekehrt. Eine solide Prognose all dieser Entwicklungen würde daher ein gesamtdeutsches Prognosemodell erfordern, das bisher aber nicht verfügbar ist. Es kann aus heutiger Sicht daher kaum mehr als ein grobes Szenario der möglichen wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR entworfen werden. Es erscheint naheliegend, von den Erfahrungen der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit als Referenzmodell auszugehen.

Das derzeitige Sozialprodukt der DDR ist – wie erwähnt – mit bestenfalls 12% des bundesdeutschen Wertes anzusetzen. Damit befindet sich die DDR – gemessen am Sozialprodukt pro Erwerbstätigen – heute etwa auf dem Stand der Bundesrepublik des Jahres 1958¹². Zwischen 1958 und 1968 ist die Erwerbstätigenproduktivität in der Bundesrepublik um etwa 4,7% pro Jahr gestiegen. Übertragen auf die DDR würde das – unter der Annahme einer konstanten Erwerbstätigenzahl – auf ein reales BSP-Wachstum von gut 4,5% in den kommenden zehn Jahren schließen lassen.

¹⁰ Vgl. W. Engels: Umstellungsrechnungen, in: Wirtschaftswoche, H. 18/1990, S. 162.

¹¹ Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 20.1.1990, S. 51, Zahlen von 1988.

¹² Das damalige reale BSP je Erwerbstätigen von 24 500 DM (in Preisen von 1980) entspricht ziemlich genau dem heutigen Wert für die DDR.

Andererseits hat der entscheidende Übergang zur Marktwirtschaft, vor dem die DDR jetzt steht, bei uns bereits im Juni 1948 stattgefunden. In der darauf folgenden Dekade (1950 bis 1960) nahm die Produktivität in der Bundesrepublik um gut 5,5% zu. Es bietet sich an, für die DDR einen mittleren Wert aus beiden Zeiträumen von 5% für die kommenden zehn Jahre zu unterstellen.

Es wäre aber unter Umständen eine noch höhere Rate möglich, denn die DDR befindet sich heute in einer weitaus besseren Lage als die Bundesrepublik damals, da sie moderne Techniken und Organisationsformen sofort ohne Zwischenstufen übernehmen kann und außerdem unmittelbar in ein wirtschaftlich florierendes und weitgehend integriertes europäisches Wirtschaftssystem einbezogen wird. Unter Zugrundelegung der oben erwähnten Erwartungen der Forschungsinstitute bietet sich als obere Variante eine durchschnittliche Wachstumsrate von etwa 7,5% für die nächsten zehn Jahre an. Mehr scheint allerdings unrealistisch zu sein; die Wachstumsrate der Bundesrepublik von gut 8% in den 50er Jahren ging nämlich ganz wesentlich auf den Umstand zurück, daß damals die Erwerbstätigenzahl insgesamt um fast ein Viertel gestiegen ist. Man sollte auch nicht übersehen, daß das Saarland, das am 6. Juli 1957 unter wesentlich günstigeren Umständen in das D-Mark-Währungsgebiet eingegliedert wurde, bis heute ein wirtschaftliches Problemgebiet geblieben ist, dessen Sozialprodukt pro Kopf noch immer 12% unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Selbstfinanzierung durch Ersparnis

Optimismus ist jedoch angebracht, was den Kapitalbedarf in der DDR und seine Aufbringung betrifft. Zum einen wird der Kapitalbedarf schon dadurch begrenzt, daß eher mit moderaten Wachstumsraten für die DDR zu rechnen ist. Vor allem aber ist die Ersparnisbildung in der DDR selbst zu berücksichtigen. 1988 lag die Sparquote der privaten Haushalte dort mit 7% gerade halb so hoch wie in der Bundesrepublik (13,9%)¹³. Das ist kaum verwunderlich, da Ende der 50er Jahre die Sparquote in der Bundesrepublik bei vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen auch nicht höher war. Mit steigendem Einkommen hat sie sich dann allerdings bis Anfang der 70er Jahre kontinuierlich erhöht, und schwankt seitdem zwischen etwa 12 und 15%. Unterstellt man für die DDR eine ähnliche Entwicklung, dann ergibt sich bereits daraus ein erheblicher Finanzierungsspielraum für den künftigen Wachstumsprozeß. Hinzu kommt, daß außer den privaten Haushalten auch die anderen volkswirtschaftlichen Sektoren, insbesondere die Unternehmen, sparen. In der Bundesrepublik betrug der Anteil der privaten Haushalte an der Gesamtersparnis 1960 nur

Szenarien des künftigen Wachstums in der DDR (1990-2000)

Wachstum BSP real p.a.	5%		7,5%	
	1%	0%	2%	0%
Zuwachs Kapitalproduktivität p.a.	623	807	926	1361
Kapitalbedarf 1990-2000 (Mrd. DM)	652	652	859	859
Eigene Ersparnis 1990-2000 (Mrd. DM)	29	155	67	502

Angaben in Preisen von 1990

Quelle: Berechnungen am Institut für Wirtschaftspolitik und Konjunkturforschung der Universität Witten/Herdecke.

26%, er stieg dann bis Mitte der 60er Jahre auf 44%; 1987 lag er bei knapp 60%. Legt man für die DDR in den nächsten zehn Jahren eine ähnliche Entwicklung zugrunde, dann würde das bedeuten, daß die DDR – je nach Wachstumsrate und Entwicklung der Kapitalproduktivität¹⁴ – schon nach wenigen Jahren zum Kapitalexporteur werden könnte (vgl. Tabelle), ebenso wie es für die Bundesrepublik bereits seit 1952 galt¹⁵. Das setzt allerdings eine hohe Rentabilität der Investitionen in der Anfangsphase und entsprechend günstige steuerliche Rahmenbedingungen voraus.

Einen konsequenten Übergang zur Marktwirtschaft vorausgesetzt, besteht hinsichtlich der Finanzierbarkeit des wirtschaftlichen Aufholprozesses in der DDR wenig Anlaß zur Sorge. Denn der Wachstumsprozeß wird zum einen eine überproportional wachsende eigene Ersparnis und zum anderen einen Anstieg der Kapitalproduktivität mit sich bringen. Dies bedeutet, daß in dem – für am wahrscheinlichsten zu haltenden – Fall einer moderaten Wachstumsrate von etwa 5% im Durchschnitt der nächsten zehn Jahre die DDR bereits in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zum Nettoexporteur von Kapital werden und – über den gesamten Zeitraum betrachtet – mehr Ersparnisse bilden würde, als sie zur Finanzierung ihres eigenen Kapitalbedarfs benötigt. Auch eine höhere Wachstumsrate könnte weitgehend aus eigenen Ersparnissen finanziert werden. Dieses Ergebnis ist nicht zuletzt auch vermögenspolitisch bedeutsam, denn dauerhaft hohe Investitionen von außen würden eben auch bedeuten, daß der künftige Kapitalstock der DDR letztlich anderen als den dortigen Bürgern gehören würde.

¹³ Vgl. Sondergutachten des Sachverständigenrates vom 20. 1. 1990, S. 52.

¹⁴ In der Bundesrepublik hat die Kapitalproduktivität zwischen 1950 und 1960 um circa 3% pro Jahr zugenommen. Allerdings ist zu bedenken, daß die DDR auf einem höheren Sozialprodukts-Niveau beginnt und daß Belange des Umweltschutzes einen Teil des verfügbaren Kapitaleinsatzes binden werden. Außerdem sind Wachstumsrate und Produktivitätszuwachs keine voneinander unabhängigen Größen, sondern sie sind positiv miteinander korreliert. In der Tabelle ist dies durch entsprechend differenzierte Annahmen berücksichtigt worden.

¹⁵ Vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank: Vierzig Jahre Deutsche Mark, Mai 1988, S. 16.